

Lateinamerika: Das Ende der linken Epoche?

Von **Ulrich Brand**

Brasilien erlebt eine Staatskrise, Venezuela steckt in der ökonomischen Dauerkrise und in Argentinien regiert erstmals seit langer Zeit wieder die neoliberale Rechte. In allen diesen Ländern – und nicht nur dort – ist die einst so starke Linke geschwächt und wirkt zuweilen regelrecht erschöpft. Das wirft grundsätzliche Fragen auf: Erleben wir eine Zäsur in der jüngeren lateinamerikanischen Geschichte? Befinden wir uns gar am Ende eines gesellschaftspolitischen Zyklus? Entzieht, bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern, die Bevölkerung den linken Regierungen auf dem Subkontinent mehr und mehr ihre Zustimmung?¹

Wenn dem so wäre, würde eine viel beachtete Erfolgsgeschichte ihr vorläufiges Ende finden. Denn die progressiven Regierungen verbesserten seit der Jahrtausendwende die soziale und wirtschaftliche Lebenssituation vieler Menschen in Lateinamerika. Sie schufen Erwerbsarbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten, sorgten aber auch für persönliche Sicherheit und politische Stabilität. Das basierte wesentlich auf dem Wirtschaftsmodell des Neo-Extraktivismus, das auf den Export von Rohstoffen setzt und den Ländern einige Jahre lang erhebliche – und nach der Krise der 1990er Jahre kaum zu erwartende – finanzielle Zuflüsse verschaffte.

Diese lateinamerikanische Linkswende hatte eine enorme globale Ausstrahlung. Denn zu einer Zeit, als in anderen Teilen der Welt konservativ-neoliberale Parteien oder eine neoliberalisierte Sozialdemokratie regierten und rechtsextreme Tendenzen zunahmen, als in Ländern wie China oder Russland autoritäre Entwicklungsregime entstanden, da entwickelte sich in Südamerika ein Laboratorium für Alternativen. Linke Hoffnungsträger in Europa wie Syriza in Griechenland und vor allem Podemos in Spanien übernahmen viele politische Erfahrungen und Anregungen aus Lateinamerika² – und bleiben bis heute seltsam unkritisch gegenüber den dortigen autoritären Entwicklungen.

Jetzt aber verlieren die linken und Mitte-links-Regierungen jene große Zustimmung, die sie lange Zeit genossen haben. Ihre gesellschaftliche

1 Diese Fragen werden ausführlich im neuen Buch von Ulrich Brand (Hg.) diskutiert: Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus? Es erscheint Mitte Mai im VSA Verlag; diesem Text liegt die Einleitung des Buchs zugrunde.

2 Vgl. Steffen Vogel, Die autoritäre Versuchung. Europas neue Linke zwischen Aufbruch und Populismus, in: „Blätter“, 11/2015, S. 71-79.

Hegemonie ist erschüttert.³ Daher scheint in einigen Ländern die politische Rechte unaufhaltsam zurückzukommen. Sie präsentiert sich gesellschafts- und wirtschaftspolitisch als liberal, kritisiert staatliche Gängelung und Klientelismus, und sie verspricht Stabilität und Wohlstand. Im Gewand der Post-Politik neigt die neu erstarkte Rechte die realen gesellschaftlichen Konflikte. Sie will damit ihre Bilanz aus den 1980er und 1990er Jahren vergessen machen, als autoritär-neoliberale Regierungen Inflation erzeugten, als sie mit der Deregulierung der Wirtschaft eine enorme Reichtumskonzentration und den Ausverkauf staatlichen Eigentums an internationale Firmen vorantrieb, als sie Verarmung und Gewalt förderte sowie den Sozialstaat schwächte.

Wendejahr 2015?

Dieser politische Umschwung kommt in seiner Heftigkeit unerwartet. Zwar zeigten sich seit einiger Zeit durchaus Legitimitätsverluste der Linken und zunehmende wirtschaftliche Probleme. Doch wirkte es bis vor kurzem noch so, als ob sich die meisten linken Regierungen konsolidiert hätten. Rafael Correa erreichte im Februar 2013 bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador gut 57 Prozent und seine Partei Alianza PAIS gar eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (wenn auch dank einer Wahlrechtsänderung zugunsten der stimmstärksten Partei). In Chile eroberte Michelle Bachelet von der Sozialistischen Partei im Dezember 2013 das Präsidentenamt zurück, das sie 2009 verloren hatte, und verbuchte dabei über 62 Prozent der Wählerstimmen. Im Oktober 2014 wurde der bolivianische Präsident Evo Morales im Amt bestätigt, seine Partei MAS kam bei den Parlamentswahlen auf über 61 Prozent. Und einen Monat später erreichte Tabaré Vázquez von der Frente Amplio bei den Präsidentschaftswahlen in Uruguay knapp 54 Prozent.

Auf erste Risse in der Fassade verwies allerdings der überaus knappe Wahlsieg von Nicolás Maduro bei den Präsidentschaftswahlen in Venezuela im April 2013. Unmittelbar nach dem Tod von Hugo Chávez überzeugte dessen Nachfolger nur knapp über die Hälfte der Wähler für sich. In Ecuador verlor die Regierungspartei bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Februar 2014 in 19 der 20 größten Städte. Auch die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei rettete sich im Oktober 2014 nur knapp in eine zweite Amtszeit. Die starken Proteste von Juni und Juli 2013 sowie Korruptionsskandale brachten Rousseff an den Rand einer Niederlage.⁴

Dann kam das Jahr 2015. Es brachte deutliche Niederlagen des linken Lagers. Bereits bei den Kommunalwahlen in Bolivien vom März 2015 gewann die MAS in keiner der acht größten Städte und verlor ihre traditionellen Hochburgen Cochabamba und El Alto. Als einschneidend und auch symbolisch bedeutsam erwiesen sich aber vor allem die Wahlniederlagen in Argentinien

3 Vgl. Massimo Modonesi, *The End of Progressive Hegemony and the Regressive Turn in Latin America: The End of a Cycle?*, in: „Viewpoint Magazine“, 12/2015.

4 Vgl. Sarah Lempp, *Brasilien: Rousseff unter Beschuss*, in: „Blätter“, 9/2015, S. 25-28.

und Venezuela gegen Ende des Jahres. In Buenos Aires unterlag bei den Präsidentschaftswahlen im November der gemäßigte Kandidat der Peronisten, Daniel Scioli, gegen den politisch deutlich rechts stehenden Mauricio Macri. Damit endete die Zeit des Kirchnerismus, der als Mitte-links-Regierung das Land seit 2003 politisch prägte. Die ersten Monate des Jahres 2016 zeigen, was der neue Präsident unter dem von ihm angekündigten Wandel versteht: Er hat die Exportsteuern etwa für die Bergbaukonzerne abgeschafft oder zumindest gesenkt, wie beim inzwischen wichtigsten Exportprodukt Soja. Auch die Devisenkontrollen auf den Peso wurden ausgesetzt, worauf dieser stark abwertete, was sofortige Einkommensverluste für alle jene bedeutete, die nicht über Dollar verfügen. Macri betreibt eine Politik für das Großbürgertum, für multinationale Konzerne und das Finanzkapital. Außenpolitisch hat er das Land wieder auf US-Kurs gebracht.⁵ Die aggressive politische Neuausrichtung in Argentinien könnte beispielhaft sein für die künftige Strategie der Rechten überall in Lateinamerika.

Noch deutlicher fiel die Niederlage des Chavismus in Venezuela Anfang Dezember 2015 aus. Bei den Parlamentswahlen büßte die sich als explizit links deklariierende Regierung erheblich an Zuspruch ein: Die sozialistische PSUV kam nur noch auf 44 Prozent, die rechte Opposition (MUD) auf 53 Prozent der Stimmen. Das Wahlrecht sicherte den Rechten knapp zwei Drittel der Abgeordneten, wodurch sie ein Referendum zur Amtsenthebung von Präsident Nicolás Maduro einleiten könnte, der eigentlich noch bis 2019 im Amt ist.

Diese Koinzidenz ist auch deswegen bemerkenswert, weil zwischen Argentinien und Venezuela in vielerlei Hinsicht große Unterschiede bestehen. In den vergangenen Jahren hat der Chavismus sehr viel stärker die Macht des Bürgertums infrage gestellt als der Kirchnerismus. Überdies kommt Venezuela mit seinen enormen Ölreserven eine strategisch bedeutsame Sonderrolle für die USA zu. Auch die jüngste ökonomische Entwicklung verlief in beiden Ländern höchst unterschiedlich: Während im Süden des Kontinents die Wirtschaftskrise zwar bemerkbar ist, aber noch keine dramatischen Auswirkungen zeitigt, erweist sie sich in Venezuela als ausgewachsenes ökonomisches Desaster, samt Hyperinflation und systematischer Knappheit von grundlegenden Lebensmitteln.⁶

Und auch in diesem Jahr, 2016, setzt sich der Niedergang der lateinamerikanischen Linken bislang fort. In Brasilien etwa ist eine regelrechte Staatskrise ausgebrochen: Die Opposition hat ein Verfahren zur Amtsenthebung gegen Rousseff eingeleitet, und die Regierungsparteien betreiben die Absetzung des oppositionellen Parlamentspräsidenten. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Putschabsichten vor, was angesichts der noch nicht lange überwundenen Militärdiktatur (sie endete 1985) eine besondere Brisanz gewinnt.

5 Vgl. Joachim Becker, Terrainverluste der lateinamerikanischen Regierungen, in: „Kurswechsel“, 1/2016, S. 80-84; Tobias Boos, Argentinien oder Vorwärts in die Vergangenheit, in: „Blätter“, 1/2016, S. 9-12.

6 Vgl. Claudio Katz, Is South America's „Progressive Cycle“ at an End? Neo-Developmentalist Attempts and Socialist Projects, in: „The Bullet“, 4.3.2016; Guillermo Cieza, ¿Fin de ciclo o fin de cuento?, <http://contrahegemoniaweb.com.ar>.

Und tatsächlich agiert die Rechte in engem Verbund mit den Medien in gewisser Weise putschistisch. Jedenfalls zeigte die skurrile Abstimmung im Abgeordnetenhaus Mitte April deutlich, dass es der Opposition kaum um die Sache geht, sondern einzig darum, die Präsidentin zu entmachten.⁷ Allerdings ist Dilma Rousseff aber auch in der Bevölkerung zunehmend unbeliebt. Ende Februar schätzten nur noch 11 Prozent der Befragten die Politik der Präsidentin als mindestens „gut“ ein gegenüber 65 Prozent vor drei Jahren. Je um die 60 Prozent plädieren für eine Amtsenthebung oder einen sofortigen Rücktritt.⁸ Konfrontiert mit einer Re-Organisation der Rechten erweist sich die Arbeiterpartei als politisch gelähmt: Sie leidet unter Legitimitätsverlusten aufgrund ihrer neoliberalen Politik und von Skandalen. Eine herbe Schlappe musste Ende Februar 2016 auch Evo Morales in Bolivien einstecken. Er verlor ein Referendum, das seinen neuerlichen Antritt bei der Präsidentschaftswahl 2020 ermöglichen sollte, obwohl er die Zahl der zulässigen Amtszeiten bis dahin erreicht haben wird.⁹

Wirtschaftspolitische Kontinuität

Diese Kette von Niederlagen ist mehr als ein historischer Zufall. Sie verlangt nach gründlicher Ursachenforschung. Als die entscheidenden Schwachstellen der lateinamerikanischen Linken erweisen sich dabei die kurzfristige Wirtschaftspolitik und die ausbleibende Reform des Staatsapparates, was auch zu einer Entfremdung von der aktivistischen Basis geführt hat.

Wirtschaftspolitisch trifft das (vorläufige) Ende des Ressourcenbooms viele lateinamerikanische Länder hart. Schwerer wiegt aber, dass es die progressiven Regierungen in den Boomjahren versäumten, die Produktionsweise umzubauen und sich von der Orientierung auf den Rohstoffexport zu lösen – was auch eine Schwächung mächtiger Wirtschaftsgruppen bedeutet hätte.¹⁰ Stattdessen wurde die grundlegende Abhängigkeit von den Ressourcenexporten nicht verringert, die mit anhaltend niedriger Wertschöpfung in den jeweiligen Ländern und also mit einer subalternen Integration in den Weltmarkt einhergeht.¹¹ Daher blieb die Exportwirtschaft, die hochgradig internationalisiert ist, stark und setzte ihre Interessen zu Lasten anderer wirtschaftspolitischer Strategien durch. In allen Ländern ist eine Art „duale“ Wirtschaft bestehen geblieben – hier der dynamische und politisch unterstützte Exportsektor, dort und im Schatten davon andere Bereiche. Zwar kam es durchaus zu Industrialisierungsprozessen, doch nahmen diese nur ein geringes Ausmaß an und blieben überdies eng mit den neo-extraktivistischen Bereichen verknüpft: „Selbst Brasilien, das einzige Industrieland

7 Vgl. den Beitrag von Andreas Novy in diesem Heft.

8 Vgl. datafolha.folha.uol.com.br.

9 Vgl. Joan Martínez Alier, *Bolivia y el post-extractivismo. Después del referéndum*, www.rebellion.org.

10 Vgl. Ulrich Brand, *Lateinamerika in der Rohstoff-Falle*, in: „Blätter“, 2/2015, S. 33-36.

11 Vgl. Alberto Acosta, *Extractivism and neoextractivism: two sides of the same curse*, in: Miriam Lang und Dunia Mokrani (Hg.), *Beyond Development. Alternative visions from Latin America*. Amsterdam und Quito 2013, S. 61-86; Isabella Radhuber, *Der plurinationale Staat in Bolivien. Die Rolle der Ressourcen- und Budgetpolitik*, Münster 2013.

in Südamerika, sah seine Industrie schwächeln, während die Exporte von Eisenerz, Fleisch und Soja zunahmen – im Austausch gegen Fertigprodukte aus China.“¹²

Im Endeffekt fielen die regierenden Linken damit hinter ihre vielfachen Ankündigungen zurück, die enormen Exportüberschüsse in produktive Prozesse jenseits der Ressourcenextraktion zu investieren. Dies geschah entweder gar nicht oder in zu geringem Ausmaß. Daher gelang es auch nicht, die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren und die Produktivitätsunterschiede zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren zu verringern. Auch die Abhängigkeit von Industrieimporten für den Konsum blieb erhalten. Mit den etablierten wirtschaftlichen Strukturen überlebte zudem die enorme Land-, Unternehmens- und Reichtumskonzentration. Das führt zu dem Paradox, dass trotz erfolgter Armutsbekämpfung – laut UNICEF entkamen in Lateinamerika zwischen 2003 und 2011 70 Millionen Menschen der Armut – die strukturelle Situation der Armen nicht verbessert wurde.

Schlimmer noch: Das neo-extraktivistische Modell wurde sogar ausgeweitet und auf Dauer gestellt, insbesondere durch langfristige Verträge mit chinesischen Unternehmen und der Regierung in Peking. Mega-Projekte und enorme Infrastrukturinvestitionen, die vertraglich auf längere Zeit festgeschrieben sind, vertiefen dieses Modell noch. Selbst unter linken Regierungen blieben also die dominanten wirtschaftspolitischen Orientierungen erhalten: Wirtschaftswachstum, Exportorientierung, Freihandel und Attraktion internationaler Investitionen.

Gerechtfertigt wurde diese fatale Kontinuität mit der notwendigen und erfolgreichen Armutsbekämpfung. Hohe Exporterlöse sowie ein Erhalt der Wirtschafts- und Sozialstruktur bildeten den Kompromiss, mit dem Oligarchie, Mittelklasse und die Armen zufriedengestellt werden konnten. Ausnahmen markieren Venezuela, wo die Oligarchie tatsächlich geschwächt wurde (während zugleich eine Schicht „bolivarianischer“ Neureicher entstand) und Bolivien, wo sich die Sozialstruktur änderte und es zu einem „anti-rassistischen“ Austausch der Eliten kam.

Ausbleibende Staatsreformen

Doch nicht nur in der Wirtschaftspolitik vergaben die Regierungen die Chance auf eine grundlegende Erneuerung. Ähnliches gilt für ihren Umgang mit dem Staatsapparat, der kaum verändert wurde. Rhetorisch fokussierte ihr sogenannter Post-Neoliberalismus stark auf die Rolle des Staates. Und in der Tat haben sich die öffentlichen Investitionen in allen Ländern stark erhöht, was auch mit einem erheblich höheren Steueraufkommen einherging. Doch wichtige und mittelfristig notwendige Strukturreformen blieben aus. So hätten die Regierungen den öffentlichen Sektor nicht nur quantitativ ausweiten, sondern auch die Qualität öffentlicher Dienstleistungen spürbar steigern sol-

12 Vgl. Raúl Zibechi, *Crisis de los gobiernos progresistas*, in: „Contrapunto“, 30.12.2015.

len. Dazu wären vermehrte Investitionen nötig gewesen, aber vor allem verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu den öffentlichen Dienstleistungen, eine weitgehende Bildungsreform und die Qualifizierung des staatlichen Personals. Ebenso schafften es die Regierungen nicht, ein effektives und progressives Steuersystem zu errichten, das die Staaten auf eine solide und breitere Finanzierungsbasis stellt und damit die gefährliche Abhängigkeit von der schwankenden Rohstoffrente beendet oder zumindest vermindert. Auch der öffentliche Finanzsektor wurde nicht in dem Maße ausgedehnt, dass er den Regierungen ausreichend Handlungsspielraum verschaffen könnte.¹³

Diese Unterlassungen trugen entscheidend zum Legitimitätsverlust der Regierungen bei. Diese modernisierten den Staatsapparat vor allem als Disziplinierungsinstanz, aber reformierten ihn in anderen Sektoren kaum. So wurden autoritäre Strukturen, Klientelismus und Korruption nicht zurückgedrängt. Das gilt selbst in Venezuela, das mit den sogenannten *Misiones* basisdemokratische Parallelstrukturen schaffen wollte. Aber, so Klaus Meschkat: „Solange die alten Kontrollinstanzen ausgeschaltet sind und eine neue räte-demokratische Kontrolle von unten nicht bis zur Staatsspitze hinausreicht, ist zunehmende Korruption wohl eine unvermeidliche Folge des Neoextraktivismus.“¹⁴ Und diese Korruption reicht vielerorts bis an die Staatsspitze. In Argentinien etwa hat die Präsidentenfamilie während den Amtszeiten von Néstor und Cristina Kirchner ihr Vermögen schätzungsweise versiebenfacht, einige den Präsidenten nahestehende Unternehmer wurden zu Multimillionären.¹⁵

Grenzen des Caudillismo

Gerade in Ländern wie Venezuela, Ecuador und Bolivien kam noch ein weiteres Problem hinzu: die versuchte Zentralisierung linker Kräfte in einer Staatspartei. Das führte zu einer Bürokratisierung und Vereinheitlichung der Organisationen. Dies erschwert jedoch innerparteiliche Diskussionen um Alternativen und Fehler ganz entscheidend.¹⁶

Aufgrund dieser Fehler büßen nun ausgerechnet die wichtigsten progressiven Kräfte an Zustimmung ein. Denn der post-neoliberale Zyklus in Lateinamerika ruhte auf vier Säulen, eine davon ist gestürzt, zwei sind ins Wanken geraten, und nur noch eine steht einigermaßen sicher: Der Kirchnerismus in Argentinien ist abgewählt, der Chavismus in Venezuela und der Petismus in Brasilien¹⁷ stehen unter Druck. Einzig die MAS in Bolivien zeigt sich weit-

13 Vgl. Dieter Boris, Linksregierungen in der Defensive. Zehn Thesen zur politischen Entwicklung in Lateinamerika, in: Dieter Boris, Achim Wahl und Timm Schützhofer, Lateinamerika: Defensive der Linksregierungen? Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, 12/2015, S. 1-13.

14 Klaus Meschkat, Progressiver Wandel in Lateinamerika – Doppelte Transformation?, in: Dieter Klein und Achim Wahl (Hg.), Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach produktiven Balancen, Berlin 2015, S. 67-76, hier: S. 71.

15 Vgl. Maristella Svampa, Der Populismus der Mittelschicht, in: „ila“, 2/2015, S. 11-13.

16 Vgl. Raul Zelik, Von Konstellationen und Hegemonien. Über die Notwendigkeit, zwischen Linksregierungen und emanzipatorischer Politik zu unterscheiden, in: Raul Zelik und Aaron Tauss (Hg.), Andere mögliche Welten?, Hamburg 2013, S. 63-80.

17 Benannt nach dem Akronym der Arbeiterpartei: PT.

gehend stabil – hat mit dem verlorenen Referendum allerdings mehr als nur einen Schuss vor den Bug erhalten.

Das markiert nicht schon das Ende des progressiven Zyklus, wohl aber den „relativen Verlust der Hegemonie.“ Es zeigt sich eine „zunehmende Unfähigkeit, klassenübergreifende Bündnisse und eine starke Verankerung in der Bevölkerung herzustellen und zu erhalten; beides kennzeichnete die frühen Konsolidierungsphasen dieser Regierungen.“¹⁸

Die Krise der linken Regierungen zeigt auch die Grenzen des Caudillismo in seiner national-popularen Form auf. Zwar erlaubte die Ausrichtung auf den charismatischen Anführer im Stile eines Hugo Chávez eine Zeit lang die Mobilisierung und Vereinigung verschiedener Milieus. Doch gleichzeitig wurden mögliche Kanäle intensiver Beteiligung von unten versperrt. Das führt zu der auf den ersten Blick irritierenden Tatsache, dass die anti-neoliberalen Bewegungen kaum für jene Regierungen mobilisieren, die ihre Interessen vermeintlich verkörpern (das war beim Putschversuch gegen Chávez im April 2002 noch anders). Daher fokussieren die bedingungslosen Verteidiger der Regierungen derart auf die Figuren der Präsidenten – und denunzieren jegliche Kritik an diesen als Verrat. Es wirkt zuweilen so, als ob das Schicksal der Gesellschaften an jenen Caudillos hänge. In der Konsequenz läuft das auf ein autoritäres bonapartistisches Projekt hinaus, in dem die cäsaristische Führungsfigur ein Gleichgewicht der Kräfte verkörpert.¹⁹

Erneuerung von unten

Um das zu verhindern, muss die Schwächung, Lähmung und Einbindung – wenn nicht gar Repression – der sozialen Bewegungen überwunden werden. Die Voraussetzungen dafür wären gegeben. Denn aktuell entsteht ein neuer Aktivismus, der sich von jenem der 1990er und 2000er Jahre unterscheidet: „Die heutigen Bewegungen sind weniger ideologisch und in ihren Forderungen konkreter, aber nicht weniger schlagkräftig. [...] [Es scheint] ein neues Bewusstsein zu entstehen, das größtenteils ein Produkt der Sozialpolitik der Linksregierungen ist. In den *Favelas* von São Paulo gibt es heute beispielsweise eine Vielzahl von Universitätsstudenten, die dort vor zwanzig Jahren noch an einer Hand abzuzählen waren.“²⁰

Schon seit 2012 kommt es zu massiven Protesten in Ländern mit linken oder Mitte-links-Regierungen: In Argentinien zählen dazu die Streiks der Lehrer und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und später mehrere Generalstreiks, in Brasilien die weltweit beachteten Proteste vom Juni und Juli 2013, die sich 2015 und 2016 mehrfach wiederholten. In Ecuador gibt es

18 Vgl. Massimo Modonesi, *The End of Progressive Hegemony and the Regressive Turn in Latin America*, a.a.O.

19 Massimo Modonesi, *Caudillismos y cesarismos en la coyuntura latinoamericana y mexicana*, in: „desinformémonos“, 14.3.2016.

20 Vgl. Raúl Zibechi, *Südamerikas neue politische Landkarte. Die Krise der linken Regierungen auf dem Subkontinent*, in: „ila“, 2/2016, S. 33-34, hier: S. 34.

seit 2014 massive Proteste gegen die Regierung. Und im Juni 2015 organisierte die argentinische Frauenbewegung Demonstrationen mit 350 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegen männliche Gewalt. In diesen Bewegungen haben sich Erfahrungen und Subjektivitäten gebildet, die weit über die aktuell dominierenden Formen sozialer Inklusion hinausgehen.²¹ Statt gesellschaftliche Teilhabe über Ressourcen-Extraktivismus, Konsum und billige Importe von Industrieprodukten zu gewährleisten, wollen viele soziale Bewegungen viel umfassender die Produktions- und Lebensweise ändern.

Es war der gesellschaftliche Aufbruch durch die sozialen Bewegungen, der vor gut 15 Jahren die lateinamerikanische Linkswende möglich gemacht hat. Heute könnten sie die progressiven Kräfte auf dem Subkontinent wiederbeleben. Dafür aber – und das wird die entscheidende Frage der kommenden Jahre sein – müssten die Regierungen zeigen, ob sie sich ihrer Basis wieder annähern können. Andernfalls dürfte der progressive Zyklus absehbar tatsächlich sein Ende finden.

21 Vgl. Sandro Mezzadra und Diego Sztulwark, Political Anatomy of the South American Conjuncture: Images of Development and New Social Conflict in the Present Period, in: „Viewpoint Magazine“, 6.8.2015.

Anzeigen

inamo⁸⁵

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten | Jahrgang 22

**MIGRATION
FLUCHT
/ WEGE**

Eine kurze Geschichte des
ISLAMISCHEN STAATES

TUNESIEN JANUARAUFSTAND

**IRAN ANALYSE DER
WAHLEN 2015**

5.50

✉ **inamo** e.V. Postfach 310727 10637 Berlin
☎ 0049 30 86421845
@ redaktion@inamo.de

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)

MEHR GEHT NICHT!
Der Postwachstums-Reader



Die Prämie für jedes neue »Blätter«-Abo!

Mehr auf www.blaetter.de

336 Seiten · 18 Euro · ISBN 978-3980492591